

Änderungsantrag

des Abgeordneten Reentz und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1985

hier: Einzelplan 05

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

— Drucksachen 10/1800 Anlage, 10/3205, 10/2330 —

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 05 04 Titel 686 17 – Internationale Aktivitäten gesellschaftlicher Gruppen – wird der Ansatz in der Höhe der Mittel gekürzt, die für militärpolitische Programmvorhaben ausgegeben werden.

Bonn, den 26. November 1984

Reentz

Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Aus dem Kulturfonds des Auswärtigen Amtes werden mit der Zweckbestimmung „Internationale Aktivität gesellschaftlicher Gruppen“ auch 7,5 Mio. DM an die politischen Stiftungen („Parteistiftungen“) vergeben. Aus den Erläuterungen über die Verwendung dieser Gelder, die das Auswärtige Amt auf Anfrage hin zugestellt hat, geht hervor, daß

- die Außenstelle Rom der Konrad-Adenauer-Stiftung daraus ein Arbeitsprogramm finanziert, das u. a. auch „militärpolitische Fragen“ umfaßt, und die Außenstelle Brüssel der Konrad-Adenauer-Stiftung sich unter Verwendung dieser Gelder u. a. „naturgemäß mit Fragen der NATO“ befaßt;
- die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrem USA-Programm daraus u. a. eine „jährliche deutsch-amerikanische Sicherheitskonferenz“ finanziert;
- die Friedrich-Naumann-Stiftung unter Verwendung dieser Gelder u. a. Seminare über „Neutralismus und Bündnispolitik“ finanziert (mit Schwerpunkt in Italien);
- und die Hanns-Seidel-Stiftung diese Gelder u. a. auch für „mehrere Veranstaltungen zur Sicherheitspolitik“ einsetzt.

Unabhängig von dem generellen Vorbehalt, der bei den GRÜNEN gegenüber den Parteistiftungen und der Verwendung der Stiftungsgelder für Parteizwecke besteht, ist es haarsträubend und unakzeptabel, daß Gelder aus dem Kulturfonds des Auswärtigen Amtes für militärpolitische Arbeitsprogramme zweckentfremdet werden. Welchen Kulturbegriff haben die Bundesregierung und die hinter den Stiftungen stehenden Parteien eigentlich, daß dies – offenbar schon jahrelang – so geschieht?

Die GRÜNEN haben in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 4. Oktober 1984 beantragt, die Kulturfondsmittel an die politischen Stiftungen in der Höhe qualifiziert zu sperren, in der sie für militärpolitische Arbeitsprogramme verwendet werden. Dieser Antrag ist von allen anderen Fraktionen abgelehnt worden.

Wir beantragen nunmehr Streichung dieser Gelder.